

DIE GELDREFORM BRAUCHT GELD – und Aktivisten

Der Geldreform fehlt das Geld. Der «Verein Monetäre Modernisierung» hat an seiner Generalversammlung Ende Mai die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen, die das Recht der Geldschöpfung auf die Nationalbank beschränken will. Aber dem relativ kleinen Verein mit rund 200 Mitgliedern fehlen die Ressourcen, das ambitionöse Projekt in absehbarer Zeit an den Start zu bringen.

Dabei wäre die Gelegenheit günstig: Immer mehr Menschen erkennen, dass im Zuge der Finanz- und Bankenkrise auch ihre Spargelder gefährdet sind. Bei diesen Guthaben handelt es sich nicht um gesetzliche Zahlungsmittel, sondern um von den Banken selber geschöpftes Geld, das diese auf Wunsch jederzeit in Nationalbankgeld umwandeln müssen. Es ist, rechtlich gesehen,

nicht Geld, sondern ein Anspruch auf Geld, der durch eine Mindestreserve an Nationalbankgeld von 2,5 Prozent gesichert ist. Gerät eine Bank in Schieflage, kann sie den Anspruch theoretisch nur zu 2,5 Prozent erfüllen.

Genau dies will die Vollgeld-Initiative ändern. Sie verlangt, dass die Banken kein eigenes Geld mehr schöpfen dürfen. Bisher tun sie dies jedes Mal, wenn sie einen Kredit verleihen. Sie geben nicht das Geld der Sparer weiter, sondern schreiben den Kreditnehmern den entsprechenden Betrag ins Konto. Dabei handelt sich, wie gesagt, nicht um Geld, sondern nur um einen Anspruch darauf. In der Praxis waren solche Ansprüche bis jetzt so gut wie echtes Geld. Der ganze unbare Zahlungsverkehr wickelt sich über dieses nicht gesetzliche Zahlungsmittel ab, und nicht einmal der Staat stösst sich daran.

Mit der Vollgeld-Initiative soll nun alles Geld von der Nationalbank kommen, auch das unbare. Als Folge davon fließen die Depositen der Sparer nicht mehr in die Bankbilanz ein und sind dadurch vor Pleiten geschützt, es sei denn, sie werden den Banken ausdrücklich als Darlehen zur Verfügung gestellt.

Diese Umstellung ist natürlich eine grosse Kiste. Wer auf die Achillesferse der Banken zielt, muss gut gerüstet sein, personell und finanziell. Der Vorstand des Vereins Monetäre Modernisierung hält es selber für unwahrscheinlich, mit dem Start der Unterschriftensammlung wie vorgesehen im nächsten Frühjahr zu beginnen, sucht aber intensiv nach Aktivisten und Unterstützern. Ein Fall für Zeitpunkt-LeserInnen? CP

Weitere Informationen: www.vollgeld.ch

Aus der Krise lernen: SICHERE KONTEN VERLANGEN

Der gesamte unbare Zahlungsverkehr über die Banken läuft über Konten, die nicht gegen Pleiten gesichert sind. Die Banken sollen deshalb sichere Konten anbieten, auf denen die Kundengelder treuhänderisch verwaltet werden. Die «Aktion sicheres Geld» fordert in einem offenen Brief den Bundesrat auf, die rechtlichen Möglichkeiten abzuklären und entsprechende Vorschriften zu erlassen.

Die Zypern-Krise hat gezeigt, dass bei Schwierigkeiten der Banken auch die Depositen der Kunden zur Sanierung beigezogen werden. Am 21. Mai hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europaparlaments die in Zypern getestete Praxis bestätigt und dem Europaparlament eine entsprechende Richtli-



AKTION SICHERES GELD

nie vorgeschlagen. Nach ihr sollen für die Sanierung von Banken auch Spareinlagen über 100 000 Euro herangezogen werden. Ähnliches gilt bereits seit dem 1. November 2012 auch in der Schweiz. Gemäss der «Bankeninsolvenzverordnung» der Finanzmarktaufsicht (Finma) können Depositen über 100 000 Franken für einen sogenannten Bail-in verwendet werden. Den Begriff muss man sich merken: Während bei einem Bail-out die Hilfe für bedrohte Banken von aussen kommt – zum Beispiel vom Staat –, werden beim Bail-in die Sparguthaben

zur Sanierung eingesetzt. Statt der Steuerzahler bluten die Sparer.

Die Einlagensicherung gilt in der Schweiz bis zu einem Betrag von 100 000 Franken. Allerdings muss der dafür vorgesehene Fonds von 6 Milliarden Guthaben im Wert von über 300 Milliarden garantieren. Im Konkursfall einer grösseren Kantonbank wäre er bereits aufgebraucht.

Um sich gegen solche Eventualitäten zu sichern, fordert die «Aktion sicheres Geld» die Kunden auf, von ihren Banken Konten mit 100-prozentiger Deckung zu verlangen und auf den Zins zu verzichten. Die dafür erhobenen Gebühren seien von einer unabhängigen Stelle festzulegen. Weitere Informationen und Musterbriefe sind zu finden unter www.aktion-sicheres-geld.ch CP

NATIONALBANK: WAS WIR WISSEN DÜRFEN

Die wachsende Diskussion um die Geldschöpfung kommt der Nationalbank offenbar ungelegen. Gemäss der Facebook-Gruppe «Das liebe Geld» führt die Nationalbank neben einem alten Glossar mit korrekter Erklärung der Geldschöpfung auch ein neues, in dem die Geldschöpfung nicht einmal erwähnt ist. Tatsächlich findet sich auf der obersten Ebene der Website der

Nationalbank ein Glossar, in dem der Begriff «Geldschöpfung» nicht aufgeführt wird. Sucht man nach einem Glossar, erhält man nur einen Verweis auf die lückenhafte Variante. Drei Ebenen tiefer und ohne Zugang über die Suchfunktion führt die SNB noch das alte Glossar, in dem der Begriff (wie im gedruckten «Kleinen Lexikon der Schweiz. Nationalbank») korrekt erklärt

wird: «Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite gewähren.» Über die Suchfunktion ist diese Erklärung allerdings nicht zu finden. Honny soit qui mal y pense.

Als Erklärung für den ungewöhnlichen Umgang mit ihren Glossaren und Begriffen schreibt Peter Kuster, Leiter Redaktion und Lektorat der SNB: «Es handelt sich um zwei Angebote auf unse-

rer Website, die auf etwas unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet sind.» In der Praxis heisst das: Die richtige Antwort findet nur, wer sie kennt. CP

Links:
Glossar mit Definition der Geldschöpfung: www.snb.ch/d/welt/glossary/g.html
Glossar ohne Definition der Geldschöpfung: www.snb.ch/de/system/glossary#_G
www.facebook.com/DasLiebeGeld